A249 Jugend braucht Schutz

Antragsteller*in: Felix Martin

Tagesordnungspunkt: 3 Soziales, Kinder, Jugend, Familie, Integration, Gleichberechtigung,

vielfältige Gesellschaft

Antragstext

835

843

845

848

Jugend braucht Schutz

Kinder und Jugendliche benötigen unsere besondere Obhut. Es ist deshalb auch Aufgabe unserer Kommune, jungen Menschen Hilfe, Beratung und Unterstützung zu garantieren.

- Wir GRÜNE wollen einen Kinder- und Jugendhilfeplan erstellen, der regelmäßig fortgeschrieben werden soll.
- Insbesondere Kindern und Jugendlichen in prekären Lebensverhältnissen wollen wir die Teilhabe an kulturellen, sportlichen und sozialen Angeboten erleichtern. Wir wollen ihnen ein vergünstigtes oder kostenfreies Mittagessen in Schulen und Kindertagesstätten ermöglichen. In diesem Kontext wollen wir regionale Leitlinien gegen Kinderarmut entwickeln.
- Mit einer Mädchenberatungsstelle wollen wir Mädchen und jungen Frauen unter die Arme greifen. Hier sollen sie in ihrem Selbstbewusstsein gefördert und in ihrer Persönlichkeitsentwicklung ermutigt werden. Außerdem soll die Stelle Mädchen und jungen Frauen unterstützen, die Gewalt oder sexuellen Missbrauch erfahren haben.
- Mit gezielten Präventionsmaßnahmen wollen wir junge Menschen für die Gefahren von Alkohol, Sucht, Medikamentenmissbrauch und Gewalt sensibilisieren. Gleichzeitig sollen Krankheiten thematisiert werden, die häufig mit einem Stigma belastet sind, wie etwa Depressionen und andere psychische Erkrankungen.
- Wir setzen uns für ein Werbeverbot für Alkohol und Nikotin auf öffentlichen Flächen ein.
- Ein Runder Tisch Familiengesundheit, zusammengesetzt aus Verwaltung, Familienverbänden und Gesundheitsexpert*innen, soll die Maßnahmen fachlich diskutieren.
- Wir wollen die aufsuchende Jugendarbeit stärken, um damit eine größere Zahl junger Menschen mit Unterstützungs- und Beratungsangeboten erreichen zu können.
- Ein besonderes Augenmerk wollen wir in der Jugendhilfe auf den formalen Übergang zwischen Jugend und Erwachsenenalter legen. So wollen wir beispielsweise verhindern, dass junge Volljährige nach dem Ausscheiden aus der Jugendhilfe in die Wohnungslosigkeit geraten.
- In der Kinder- und Jugendarbeit sollen die Themen Rassismus und Menschenfeindlichkeit altersgerecht behandelt werden. Projekte zur

- Demokratieförderung und Extremismusprävention wollen wir besonders fördern.
- Mobbing sowie Hass im Netz können in Kooperationsprojekten an Schulen mit der zuständigen Polizeidienststelle ins Auge gefasst werden. Wir wollen Schüler*innen darüber hinaus motivieren, die Online-Melde-Plattform "Hessen gegen Hetze" zu nutzen, damit strafrechtliche Untersuchungen durchgeführt werden können.

Begründung

Dieser Text stammt aus einer Handreichung zum Thema Jugendpolitik, die vom jugendpolitischen Sprecher der Grünen Landtagsfraktion, Felix Martin, erstellt wurde.